



Wählen gehen!

Wir Kommunisten machen uns keine Illusionen über die Wirkung von Wahlen im bürgerlich parlamentarischen System. Wie immer die Bürgerschaftswahlen ausgehen werden, herauskommen wird eine Regierung, die im Großen und Ganzen die Interessen der Reichen und Superreichen, der wirklich Herrschenden in diesem Land, vertritt. Gleich, ob die SPD oder die CDU den Ersten Bürgermeister stellt. Trotzdem ist es nicht egal, wer in der Bürgerschaft sitzt.

Demokratische Kräfte können den weiteren Abbau von Bürgerrechten verhindern, rechte Kräfte womöglich im Bündnis mit Neofaschisten die Handlungsmöglichkeiten fortschrittlicher Menschen immer weiter einschränken.

Kritische Fragen und Initiativen aus dem Parlament heraus können die Regierung von allzu dreisten Maß-



nahmen zugunsten des Großkapitals abhalten und Alternativen im Interesse der breiten Bevölkerungsmehrheit aufzeigen. Deshalb rufen wir dazu auf, solche Kandidaten in die Bürger-

schaft zu wählen, die einer allzu dreisten Umverteilung von unten nach oben Widerstand entgegenzusetzen, die die Interessen der einfachen Leute zum Beispiel auf sozialem Gebiet und in der Gesundheits- und Bildungspolitik einbringen.

Solche Kandidaten findet man am ehesten auf den Listen der Partei Die Linke. In Bergedorf kandidiert für die Bürgerschaft der bisherige Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke in der Bezirksversammlung, Stephan Jersch. Wir haben ihm einige Fragen zu den zentralen Themen der Politik in Hamburg gestellt. Lesen Sie das Interview auf **Seite 3** und entscheiden Sie, ob er ein Abgeordneter wäre, der auch Ihre Interessen im Parlament vertreten würde.



Frauen im Kampf gegen Faschismus und Krieg

Eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2015

Wir befinden uns im Krieg. Der deutsche Imperialismus führt Krieg, jeden Tag, seit Jahrzehnten oder eher Jahrhunderten.

Deutschland war für beide Weltkriege verantwortlich und für die schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Faschismus. Spätestens mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 ist die BRD wieder in der Normalität des Imperialismus angekommen. Heute ist Deutschland an 15 Kriegseinsätzen aktiv beteiligt, in Afghanistan, am Horn von Afrika, an der Küste Libanons oder in der Türkei.

Damals wie heute regt sich Widerstand. Und damals wie heute kämpften und kämpfen Frauen gegen Krieg und Faschismus, häufig in vorderster Front. Viele haben ihr eigenes Leben für die Freiheit und den Sieg der Menschlichkeit gegeben. Diesen Frauen ist unsere Veranstaltung gewidmet.

Am 8. März 2015 – dem internationalen Frauentag – wollen wir eine Lesung veranstalten mit Texten gegen Krieg und Faschismus, von, für und über Frauen. Von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, über den Widerstand gegen den Faschismus, gegen den Angriffskrieg gegen Jugoslawien hin zu den Kämpferinnen in Kobane.

Mit Esther Bejarano und Doris Gercke

8. März 2015, 17 Uhr im Magda Thürey Zentrum, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

Eine Veranstaltung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

Internationaler Frauentag! 70 Jahre Befreiung vom Faschismus! 100 Jahre Frauenfriedenskonferenz!

Bergedorfer Kommunisten im Widerstand gegen die NS-Diktatur Teil 3: Karl Berbüsse

Karl Berbüsse wurde am 5. Februar 1917 in Bergedorf geboren. Nach Abschluss der Volksschule begann er eine Klempner Ausbildung.

Er wohnte bei seinen Eltern in der August Bebel Straße.

jugendlichen Alters setzte man die Strafe zu Bewährung von fünf Jahren aus. Weil er sich nicht an gewisse Auflagen hielt, wurde die Bewährungsfrist aufgehoben und er wurde für 16 Monate im Jugendgefängnis Hahnöfersand eingesperrt.

Nach seiner Haft arbeitete er als Klempner in der Firma Gottlieb Wild in Lohbrügge.

Wegen dieser Haft wurde er für wehrunwürdig in Friedens- und Kriegszeiten erklärt.

Aber wegen der großen Verluste an Soldaten im Krieg gegen die Sowjetunion sollten ehemalige Gefangene in den sogenannten Bewährungsbataillonen und Strafbataillon 999 und 500 ihre "Wehrwürdigkeit" zurück erkämpfen.

Im Januar 1943 wurde Karl Berbüsse ohne Ausbildung zum Strafbataillon 500 einberufen. Er ist am 24. Januar 1943 am Ilmensee an der Ostfront gefallen.

Alfred Dreckmann

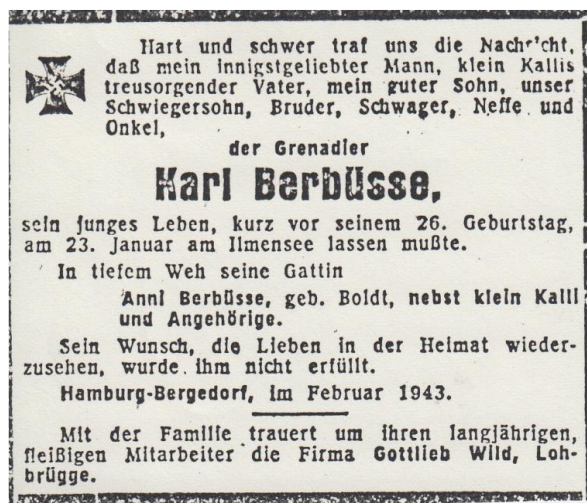


Mitglieder des KJVds vor 1933: von links: Bertolt Mangelsdorf, Mike Henning (Tochter von Ernst Henning), Karl "Kalli" Berbüsse

Er war als jugendlicher Mitglied des Republikanischen Pfadfinderbundes, einer sozialdemokratischen Jugendorganisation und trat 1932 mit anderen Jugendlichen u.a. Ferdinand Buhk dem Kommunistischen Jugendverband (KJVd) bei.

Auch nach der Machtübertragung am 30. Januar 1933 nahm er an der illegalen Arbeit des KJVds teil. Im Auftrag des KJVds wurde er am 21.10.1934 Mitglied der Marine Hitlerjugend, um innerhalb der HJ Agitation gegen das NS-System aufzunehmen.

Das kam heraus und er wurde am 11. September 1934 verhaftet und bis 17. Mai 1935 in Untersuchungshaft genommen. Man verurteilte ihn im Mai 1935 zu einem Jahr und drei Monaten, aber wegen seines



Todesanzeige Februar 1943 ohne üblichen Pathos "Für Führer Volk und Vaterland"



Veranstaltung der MASCH-Bergedorf

Mittwoch, 25. Februar 2015

Kulturzentrum LOLA,
Lohbrügger Landstraße 8
Referent: Fritz Dittmar

Stalinismus in der Geschichte der Sowjeunion

Den russischen Kommunismus mit dem Nazifaschismus auf die gleiche moralische Stufe zu stellen Ist bestenfalls Oberflächlichkeit, im schlimmeren Fall ist es – Faschismus. **Thomas Mann**

... wir und unsere Kinder (schulden) dem russischen Volk für die erlittenen Verluste und Leiden großen Dank. Wenn wir unsere Selbstachtung als menschliche Wesen erhalten wollen, müssen wir uns seiner Opfer in jeder Stunde unseres Lebens bewusst sein. **Albert Einstein**

Wie kommen diese zwei fortschrittlichen Intellektuellen zu einem Urteil über Stalin und den Kommunismus, das sich so krass von allem unterscheidet, was wir heute darüber zu hören bekommen?

Viele Menschen lehnen heute den Kapitalismus ab und suchen nach einem Ausweg. Gewöhnlich werden sie damit ruhig gestellt, dass der einzige ernsthafte Versuch, den Kapitalismus zu überwinden, angeblich schlimmer war als die Zustände, die ohne die Oktoberrevolution geherrscht hätten. Ist das wirklich so? Dazu wollen wir uns die Geschichte der Sowjetunion genauer ansehen.

bergedorf@marxistische-abendschule.de

... starke Opposition mit Basis in den Quartieren und im Dialog mit der Bevölkerung.



Zur Bürgerschaftswahl

Ein Interview mit Stephan Jersch, Kandidat der Partei DIE LINKE

Stephan du warst in der letzten Wahlperiode der Bezirksversammlung in Bergedorf Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke. Nun willst du mit deiner Kandidatur für die Bürgerschaftswahlen am 15. Februar den Sprung in das Landesparlament wagen. Darum möchten wir dich bitten uns deine Positionen zu einigen Politikfeldern darzustellen.

In Bergedorf und in Hamburg wird im sozialen und im kulturellen Bereich gekürzt um die Schuldenbremse einzuhalten und um den Haushalt auszugleichen, Millionäre werden geschont Banken und Aktionäre gerettet.

Was hältst du von so einer Finanzpolitik?

Stephan Jersch: Die Schuldenbremse war und bleibt ein Fehler. Sie wird in Hamburg auf Kosten der sozialen Infrastruktur durchgedrückt. Wir sehen immer mehr Angebotseinschränkungen in den Quartieren. Die fehlenden Mittel für Gehaltssteigerungen führen zur Tariffucht, der Arbeitsdruck steigt überall durch fehlendes Personal, z.B. in den Schulen und Kitas. Ein ausgeglichener Haushalt ist ja eine gute Sache, aber wer ihn zum verfassungsrechtlichen Dogma erhebt, wie SPD, CDU, FDP und Grüne, handelt verantwortungslos. Und völlig unverständlich ist, dass sich niemand aus diesen Parteien darum bemüht, die Einnahmesituation des Landes zu verbessern. In Hamburg fehlen Steuerprüfer, um zumindest Gerechtigkeit bei der Steuerzahlung zu verwirklichen - gerade bei den Bestverdienern wäre das mehr als notwendig, aber ich werde das Gefühl nicht los, dass Olaf Scholz eine Art

innerdeutsches Steuerparadies für Top-Verdiener in Deutschland verwirklichen will. Da muss man ran, wenn Hamburg etwas gegen die soziale Spaltung unternehmen will. Nicht verschweigen darf man aber, dass Schwarz-Rot in Berlin natürlich auch etwas an der Steuerpolitik machen muss: wir brauchen z.B. die Vermögenssteuer und endlich wieder gerechte Spitzensteuersätze wie sie in anderen Ländern (und früher auch in Deutschland) üblich sind.

Der Senat reagiert auf die wachsende Unzufriedenheit unter der Bevölkerung mit Einschränkung der Bürgerrechte z.B. durch Ausweitung der Gefahrenggebiete auch in Bergedorf und mit Einschüchterung durch massiven Polizeieinsatz.

Wie stehst du dazu?

Stephan Jersch: Das Gefahrenggebiet in Bergedorf haben wir ja schon vor Jahren gekippt - da ist der Senat sehr anfällig für öffentliche Diskussionen. Klar ist für mich, dass die SPD den Schock nach der krachenden Wahlniederlage gegen Schill bis heute nicht verdaut hat. Im Vorfeld der Bürgerschaftswahl 2001 fing der damalige Innensenator Scholz mit einer Repressionspolitik an, die eigentlich sozialdemokratischen Grundsätzen widerspricht. Im Gedächtnis geblieben ist da vor allem die Einführung der Brechmittel einsätze gegen vermutete Drogendealer.

Aus der wahltaktischen Sicht sucht sich die SPD da einen einfachen Weg - sie zeigt staatliche Härte gegen Randgruppen. Aber dieser Aktionismus hat noch in keinem Fall zu irgendeinem Erfolg geführt. Wer sich weigert, an den gesellschaftliche Ursachen für Probleme zu arbeiten und stattdessen nur auf Repression und Verdrängung setzt, beseitigt ein Problem nicht und wird sich früher oder später noch viel intensiver damit auseinandersetzen müssen.

Im Mai diesen Jahres findet zum 4.Mal in Bergedorf eine Woche des Gedenken statt. Du gehörst zu den Organisatoren. Ihr wollt nicht nur Gedenken sondern auch Aufklären und der zunehmenden Rechtsentwicklung entgegen wirken.

Welche Bedeutung hat diese Arbeit für dich?

Stephan Jersch: Antifaschismus war eines meiner ersten Themen, mit denen ich politisiert wurde. Das fing

schon an, als ich noch (ganz kurz) in der SPD war. Damals bin ich auch in die VVN eingetreten, trotz Unvereinbarkeitsbeschluss. Mit der Woche des Gedenkens haben wir in Bergedorf eine immens wichtige Aufgabe. Aus der Geschichte lernen heißt auch, sie erst mal zu kennen - und schon da ist viel Arbeit nötig. Aber wer die Geschichte nicht kennt, der wird auch nicht früh genug erkennen, wenn unter dem Deckmantel bürgerlichen Konservatismus die alten rassistischen Parolen wieder hoffähig werden. Zustände wie in Frankreich, wo die Front National sich bürgerlich gibt, aber tatsächlich nichts anderes ist als eine rassistisch-nationalistische Partei, dürfen in Deutschland nicht Wirklichkeit werden. Gerade im Bezirk haben wir mit der Gedenkstätte in Neuengamme ein bundesweites Mahnmal, das uns zeigt, was passieren kann wenn man nicht früh genug breiten Widerstand leistet.



Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen wie Energieversorgung und Krankenhäuser hat dem Parlament immer mehr Einflussmöglichkeiten entzogen. Die Qualität hat sich verschlechtert, die Kosten haben sich erhöht.

Was willst du dagegen tun?

Stephan Jersch: Was immer ich tun kann. An der Missachtung des Volksentscheids gegen den Verkauf der Krankenhäuser an Asklepios hat man gesehen, dass man manches Mal recht hilflos ist. Aber solche selbstherrlichen und undemokratischen Alleingänge sind schwieriger geworden - ein Erfolg einer breiten Bewegung für mehr Bürgerbeteiligung. Mittlerweile sind Verwaltung, Parteien und Regierung da sehr druckempfindlich. Das beste Mittel ist, solche Entscheidungen frühestmöglich in die Öffentlichkeit zu tragen. Ob Friedhöfe, Wochenmärkte, Hamburg Wasser - bei allen hat es geholfen, früh zu informieren.

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Der Widerstand angesichts der zu erwartenden Serviceverschlechterungen ist dann zwar kein Selbstgänger, aber er hat alle diese Pläne frühzeitig über den Haufen geworfen. Gerade die zwangsläufige Verteuerung der Leistungen nach einer Privatisierung, schlimmstenfalls auch verbunden mit Qualitätseinbußen, muss verhindert und wo bereits geschehen rückgängig gemacht werden. Deshalb wollen wir auch die Kliniken in Hamburg wieder zurück in öffentliches Eigentum überführen.

Trotz des groß angekündigten Wohnungsbauprogramms fallen in Hamburg mehr Wohnungen aus der Sozialbindung heraus als neue Sozialwohnungen gebaut werden.

Was ist von dir und deiner Partei in dieser Frage zu erwarten?

Stephan Jersch: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bestand an Sozialwohnungen auch dem Bedarf entspricht. Fast 50 Prozent aller Hamburger/innen haben Anspruch auf öffentlich geförderten Wohnraum, und die von Olaf Scholz und der SPD gefeierten Wohnungsbauzahlen reichen nicht einmal aus, um den jährlichen Verlust an öffentlich gefördertem Wohnraum auszugleichen. Hier muss die SAGA/GWG als städtisches Unternehmen gefordert werden. Statt Gewinne anzuhäufen muss in den sozialen Wohnungsbau und in einen Mietpreisstopp investiert werden. Die Bindung für Sozialwohnungen darf nicht mehr auslaufen oder muss zumindest deutlich verlängert werden. Es dürfen auch keine städtischen Flächen mehr verkauft werden. Solche, mittlerweile spärlichen Flächen, bieten Planungssicherheit und sollen nur noch auf Basis von Erbbauverträgen vergeben werden.

Das zweigliedrige Schulsystem mit Gymnasium und Stadtteilschule zementieren die ungleichen Lern- und Bildungsmöglichkeiten zu Gunsten der Eliten.

Sollten nicht erneut Initiativen in Richtung „Eine Schule für Alle“ entwickelt werden?

Stephan Jersch: DIE LINKE ist da dran. Das Thema 'Eine Schule für alle' haben wir nicht aufgegeben. Wir haben uns ganz bewusst dem leidigen 'Schulfrieden' nicht angeschlossen. Und je länger das Zweisäulenmodell aus Gymnasien und Stadtteilschulen be-

steht, umso deutlicher wird, dass wir mit unserer Kritik Recht haben. Wir sind weit von Bildungsgerechtigkeit entfernt. Die Inklusion ist, wenn überhaupt, ein Sparmodell zu Lasten der Stadtteil- und Grundschulen. Alle Zahlen sprechen dafür: das Zweisäulenmodell ist so wie es von der SPD realisiert wurde, auf dem Weg zum Scheitern. Insbesondere bei der Inklusion ist das Defizit dieses Modells eklatant. D.h. aber nicht, dass wir die Stadtteilschulen fallen lassen würden. Wir fordern zusätzliche Mittel für die Verwirklichung der Inklusion, besonders für Schulen in Problemquartieren (und das sind fast ausschließlich Stadtteilschulen). Mehr Lehrer/innen, mehr Zeit für die Förderung von Schülerinnen und Schülern und ein ganzes Maßnahmenpaket um zumindest den Weg in Richtung Bildungsgerechtigkeit wieder zu beschreiten.

Zum Abschluss die Frage, welche Position nimmst du zu einer Regierungsbeteiligung der Partei Die Linke oder zur Duldung einer Minderheitsregierung ein. Was kann die Fraktion deiner Partei zur Unterstützung außerparlamentarischer Initiativen tun?

Stephan Jersch: Eine Regierungsbeteiligung oder Tolerierung eines SPD-Senats, mit oder ohne Koalitionspartner, kommt für mich nicht in Frage. Olaf Scholz steht für eine neoliberale Hamburgische Regierungspolitik - auch zu TTIP ist nichts Ablehnendes von ihm zu hören. Gleichzeitig ist er mitverantwortlich für die Hartz-IV-Gesetze. All das macht sich in Hamburg in einer immer weiter wachsenden sozialen Spaltung bemerkbar. Von einer SPD-Regierung unter Scholz ist keine Kehrtwende zu erwarten. Dafür werde ich mich, genauso wenig wie DIE LINKE, hergeben. Unsere politische Perspektive für die nächsten fünf Jahre liegt erst mal ganz eindeutig in der Opposition. Einer Opposition, die möglichst stark sein sollte und ihre Basis in den Quartieren und im Dialog mit der Bevölkerung hat.

Danke für das Gespräch.
(Die Fragen stellte Uve Merz)

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Gruppe Bergedorf
Telefon: 0176 693 333 98
e-mail: dkp-bergedorf@t-online.de
www.dkp-hamburg.de
V.i.S.d.P. Uve Merz
Magda-Thürey-Zentrum
Lindenallee 72, 20259 Hamburg

TTIP, CETA und TISA stoppen!

Freihandelsabkommen
gegen die Demokratie

Wie das AK Krümmel nochmals zum Goldesel wird

In aller Heimlichkeit bereitet die Bundesregierung mit der USA und Kanada ein Handelsabkommen vor. TTIP darin sind Schutzklauseln für die Konzerne enthalten, die gewährleisten sollen, dass die Gewinne durch politische Entscheidungen nicht geschmälert werden können. (Investitionsschutzklausel) Nach dem Supergau von Fukushima beschloss die Bundesregierung, das AKW Krümmel und andere endgültig vom Netz zu nehmen. Zuvor hatte es eine Reihe spektakulärer Pannen gegeben.

Wir erinnern uns, dass die Atomtechnologie von der CDU Regierung Adenauer unter einem Atomminister Strauss mit hunderten von Millionen DM subventioniert wurden. Danach haben die Stromkonzerne mit den AKW's Gewinne in dreistelliger Milliardenhöhe eingefahren.

Aber nicht genug: heute verklagt der Betreiber des AKW Krümmel, Vattenfall, die Bundesregierung in Milliardenhöhe wegen entgangener Profite. Nach dem geplanten Abkommen sollen nicht mehr unsere Gerichte entscheiden, sondern "internationale" Schiedsgerichte wie die Weltbank (eine Privat-Bank). Der Schiedsspruch wird unanfechtbar sein. Das TTIP-Abkommen gefährdet somit die Grundprinzipien unsere Demokratie und dagegen muss Sturm gelaufen werden.

